

## Kurzprotokoll

### Erörterung zu Tagesordnungspunkt 3

„Umweltschutz- und verkehrstechnische Maßnahmen für die Anlieger der Lünener Straße auf Kamener Stadtgebiet; hier: Bürgeranregung vom 10.08.2009“ der gemeinsamen Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses und des Straßenverkehrsausschusses am 10.12.2009

mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung in der Zeit der Sitzungsunterbrechung.

Beginn: 17.50 Uhr

Ende: 18.28 Uhr

#### **Herr Stalz:**

Dank für Möglichkeit der Erörterung.

Ablehnung aller beantragten Punkte wird befürchtet. Antragsbegründung nochmals wie folgt:

- Gehweg für Radfahrer freigeben  
Radfahrer haben Angst auf der Lünener Straße zu fahren und nutzen den Gehweg bereits.  
Versicherungstechnische Probleme bei Unfällen sind damit gegeben.  
Öffnung des Gehweges für Radfahrer würde Istzustand legalisieren.  
Notwendige Gehwegbreiten von 2,5 m sind überwiegend vorhanden.  
Möglichkeit sollte aufgegriffen werden, um Gefahren zu entschärfen und Radfahrer zu legalisieren.  
Maßnahme als Beitrag zur Bewerbung AGFS.  
Kompromissvorschlag: Durchführung eines Ortstermins mit Verwaltung / Politik / Anliegern, Beurteilung an Ort und Stelle, anschließend Abstimmung zum Antrag.
- Querungshilfen  
Erfordernis wird gesehen durch hohes Verkehrsauskommen.  
Möglichkeiten bestehen. Beispiele Sparkasse, Technopark.  
Anrecht der Bürger auf eine sichere Querung besteht auch an anderen Stellen.
- Lkw-Nachtfahrverbot  
Maßnahme gut geeignet, um Lärm zu reduzieren.
- Gesundheitsbelastung durch Lärm u. Feinstaub  
Lärmbelastung durch Lärmkarten nachgewiesen.  
Feinstaubmessung ist dringend erforderlich. Bergkamener Gutachten zur Belastung auf der B 61 wurde angesprochen. Überschreitungen sollen jedoch erheblich höher liegen (keine Beachtung der Kreuzumfahrungen BAB). Nicht auf LANUV-Messung warten. Bitte an Stadt, Messung selbst zu beauftragen.

#### **Herr Dössareck:**

Auch im Bereich „Nordring“ ist s. E. eine NO<sub>x</sub>-Messung erforderlich. Ebenfalls im Kreuzungsbereich bei ehem. Bachmann. Messanlage kostet ca. 55 T€. Frage: Warum hat LANUV Messstationen in Niederaden u. Königsborn eingerichtet?

Sollen Grenzwerte für Feinstaub weiter reduziert werden?

Lärmbelastung auch Nordring durch Schlaglöcher. Verwaltung soll auf Straßen NRW

einwirken. Einbringung eines lärmreduzierenden Straßenbelags würde viel bringen, Verwaltung soll dies fordern.

**Herr Hülshoff:**

Beschlussvorschlag umformulieren von „ablehnen“ in „nicht machbar“.

**Herr Baudrexl:**

- Originäre Zuständigkeit der Verwaltung besteht nicht.
- Stadt will sich beim Straßenbaulastträger einsetzen – damit ist nicht gesagt, dass Forderungen und Wünsche abgelehnt werden. Es wurde nicht von gänzlicher Ablehnung gesprochen.
- In vielen Sitzungen des PUA und in Gesprächen mit Bürgerinitiative wurde immer wieder auf die bestehenden Zuständigkeiten hingewiesen.
- Rechnergesteuertes Screeningverfahren hat andere Stellen als stärker belastet eingestuft.
- Aufgrund des Bergkamener Gutachtens wurde das Land angeschrieben, mit der Bitte, an der B 61 Messungen durchzuführen. Lange Warteschleife für mobile Messstation besteht. BM Hupe wird ggf. direkt mit Minister Uhlenberg Kontakt aufnehmen, um Forderung durchzusetzen.
- Zum Nachfahrverbot hat der Straßenbaulastträger eine andere Rechtsposition. Die Stadt Kamen wird hier die eigene Position dagegensetzen. Die Verwaltung wird sich für Maßnahmen des Lärmaktionsplanes einsetzen.
- Aussage ist ungerecht – Begehren soll nicht abgelehnt werden – Stadt will sich einsetzen.

**Herr Stalz:**

- Zuständigkeit für Entscheidung über „kombinierten Rad- / Gehweg“ liegt bei der Stadt.
- Querungshilfen: Stadt soll gegenüber Straßen NRW mit konkreten Vorschlägen tätig werden.
- Nachfahrverbot: geht doch – Beispiel: Borsigplatz in Dortmund

**Herr Baudrexl:**

- Stadt übt mit Verweis auf das Gutachten nochmals Druck für Einrichtung einer Messstation aus (lt. Gutachten dicht an Grenzwerten).
- Stadt ist nicht zuständig für Straßensperrung.
- Befahrbarkeit von Fußgängerwegen ist nicht optimale Lösung – Gefahrenpotential ist groß.

**Herr Brüggemann:**

- Verweist auf Diskussionen im Straßenverkehrsausschuss in den letzten Jahren.
- Es gibt starre Rahmenbedingungen.
- Lärmaktionsplanung bietet neue Chancen, gezielt Maßnahmen zu fordern und sich für Umsetzung einzusetzen.
- Öffnung der Gehwege für Radfahrer nicht auf gesamter Länge möglich. Erhebliche Risiken (Unfallgefahr) werden damit geschaffen. Land warnt vor der Öffnung der Gehwege für Radfahrer.

- Querungshilfen: vorhandene Querungshilfen hatten andere Ursachen (z. B. Schulwegsicherung).
- Ursache der Zunahme der Lkw wird auch in Kreuzumbau gesehen. Hofft, dass sich Situation mit Ende der Baustelle bessert. B 61 ist Bedarfsumleitung.
- Stellungnahme von Straßen NRW wurde in der Beschlussvorlage aufgenommen.
- Verwaltung würde gern anders regeln – andere Lösungen stellen sich jedoch, nach bisherigem Gesprächsstand, nicht dar.

**Frau Stalz:**

Schlägt erneut Ortbegehung vor.

**Herr Brüggemann:**

Bericht über frühere Ortsbegehungen, bei denen alle Positionen ausführlich diskutiert wurden. Am Ende stand immer die Ablehnung von Straßen NRW.

**Herr Hülshoff:**

Momentane Ablehnung nicht zu ändern. Sieht Möglichkeit im Rahmen der Lärmaktionsplanung z. B. Durchsetzung des Vorschlags des Büros prr hinsichtlich der Profiländerung der B 61.

**Herr Baudrexl:**

Verdeutlicht, dass Verwaltung nicht ablehnt, sondern neuen Ansatz in LAP sieht.

**Herr Liedtke:**

- Radfahren auf dem Gehweg an der Lünener Straße wurde bei der Befahrung mit der Kommission AGFS gezielt angesprochen. Von einer Freigabe des Gehweges für Radfahrer wurde dringend abgeraten. Schaffung einer nur vermeintlichen Sicherheit.
- Grenzwerte für Luftschadstoffe werden gem. Auskunft des Landesamtes ab Januar 2010 nicht reduziert.

**Herr Stalz:**

Zitat aus dem Wahlprogramm der Kamener SPD. Danach fordert auch diese Geschwindigkeitsbegrenzungen auf der B 61, Querungshilfen,.....

Weitere Wortmeldungen ergaben sich nicht.

Herr Lipinski setzte die gemeinsame Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses und des Straßenverkehrsausschusses um 18.28 Uhr fort.

f.d.R.

Holtmann